

# DIE GRUNDZÜGE DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT UND IHRE BEZIEHUNG ZUR CHRISTLICHEN SOZIALETHIK

*Prof. Dr. Gerhard Kruip*

## **1. EINFÜHRUNG**

Ich möchte in diesem Beitrag so vorgehen, dass ich kurz, aber so präzise wie möglich, zu bestimmen versuche, was die charakteristischen Merkmale eines Marktes sind und wie eine Marktwirtschaft funktioniert, welche Vor- und Nachteile mit Marktwirtschaften verbunden sind und wie eine reine Marktwirtschaft zu einer Sozialen und Ökologischen Marktwirtschaft werden kann, in der in einem hohen Maße Freiheit, Gerechtigkeit und Effizienz realisiert werden können. In einem zweiten Teil werde ich dann auf die Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft in den Soziallehren der christlichen Kirchen eingehen.<sup>1</sup> Dabei wird deutlich werden, dass in Deutschland die Genese der Idee Sozialer Marktwirtschaft sehr wohl etwas mit den christlichen Konfessionen zu tun hat, die Geltung ihrer Prinzipien jedoch durchaus unabhängig vom Christentum behauptet werden kann.

## 2. GRUNDZÜGE SOZIALER MARKTWIRTSCHAFT

### 2.1 Zur Funktionsweise Von Märkten, Ihren Vorteilen Und Nachteilen<sup>2</sup>

Märkte sind reale oder virtuelle Orte, an denen Menschen Waren tauschen. Auch im Türkischen sind die Begriffe für „Markt“ und „Platz“ gleich (Piyasa). Wir finden sie in allen Kulturen und vermutlich schon sehr früh in der Geschichte der Menschheit. Person A verfügt über einen gewissen Überfluss an einem Gut X, hat aber einen Mangel am Gut Y, während Person B umgekehrt einen Überfluss am Gut Y besitzt, aber einen Mangel an X hat. Wenn sich A und B auf ein Tauschverhältnis einigen können, wie sie eine bestimmte Menge von X gegen eine bestimmte Menge von Y tauschen, werden die Güter X und Y ihre Besitzer wechseln. Beide Seiten haben von diesem Tausch einen Vorteil, denn für A ist auf Grund seines Überflusses von X und seines Mangels von Y Y wertvoller als X, für B ist es umgekehrt. Sowohl A als auch B können durch den Tausch ihre Versorgung mit den gewünschten Gütern verbessern.

Weil es oft nicht einfach ist, einen Tauschpartner zu finden, der bereit ist, das Gut, das man haben möchte, genau gegen jenes Gut zu tauschen, das man selbst anzubieten hat, wurde das Geld als ein generelles Tauschmedium erfunden.<sup>3</sup> Zunächst wurden dafür Güter verwendet, die leicht zählbar, leicht konservierbar und für alle brauchbar waren, wie beispielsweise Kleinvieh, Getreidekörner, bestimmte Früchte oder Metalle. Hinter der Herstellung von Münzen steckt die Idee, das Gewicht und damit den Wert des betreffenden Metallstücks diesem selbst aufzuprägen, um den Umgang mit ihm zu erleichtern. Später entwickelte sich das Papiergeld, das aus einem Material besteht, das selbst gar keinen Wert mehr hat, noch später wird das weit abstraktere Giralgeld erfunden, das nur noch als Zahl auf einem Kontoauszug existiert.

Gibt es mehr Personen als nur zwei, die miteinander Waren tauschen wollen, so haben alle Personen die Auswahl zwischen mehreren Tauschpartnern. Erst jetzt entsteht im eigentlichen Sinn ein Markt. Die Marktteilnehmer werden sich, wenn sie die Freiheit dazu haben, den Tauschpartner mit dem für sie günstigsten Tauschverhältnis herauszusuchen. Weil beide Tauschpartner jeweils für sich das günstigste Tauschverhältnis, d.h. den günstigsten Preis suchen, bildet sich ein fairer Preis heraus. Jeder Tauschpartner weiß dann nämlich, dass er bei keinem anderen Tauschpartner einen besseren Preis hätte bekommen können.

Auf solchen freien Märkten, auf denen alle mehrere mögliche Tauschpartner haben, in denen also niemand gezwungen ist, zu verkaufen, erst

recht nicht, an jemanden bestimmten zu verkaufen, bildet sich der Preis nach Angebot und Nachfrage, bzw. umgekehrt: Angebot und Nachfrage richten sich nach dem Preis. Steigt der Preis eines Gutes, werden mehr Personen dieses Gut zum Tausch anbieten können und wollen. Das Angebot steigt. Gleichzeitig aber wird mit steigendem Preis die Anzahl der Personen abnehmen, die dieses Gut zu diesem höheren Preis noch haben wollen. Die Nachfrage sinkt. Ein solches Überangebot hat zur Folge, dass einige Anbieter ihre Güter nicht mehr tauschen können. Sie werden ihr Angebot zurückziehen, so dass umgekehrt das Angebot wieder zurückgeht, die Nachfrage wieder wächst und der Preis sich nach einigem Hin und Her und nach einer gewissen Zeitverzögerung auf einem Gleichgewichtspreis einpendelt.

Auf freien Märkten übernimmt der Preis also eine wichtige Signalfunktion: Steigende Preise signalisieren eine hohe Nachfrage, sinkende Preise eine niedrige Nachfrage. Auf hohe Preise bzw. eine hohe Nachfrage reagieren die Hersteller von Gütern aus eigenem ökonomischen Interesse durch eine Ausweitung ihres Angebots, auf eine sinkende Nachfrage mit einer Reduktion ihrer Überproduktion. Die Abnehmer der Waren reagieren umgekehrt: Auf sinkende Preise reagieren sie mit einer höheren Nachfrage, auf steigende Preise mit einer niedrigeren Nachfrage. So kommt es im Punkt des Gleichgewichtspreises auch zu einer optimalen Versorgung. Wäre nämlich der Preis höher als dieser Gleichgewichtspreis, könnten sich viele Nachfrager das Gut nicht mehr leisten, wäre der Preis niedriger, würden viele Hersteller das Gut nicht mehr anbieten. In beiden Fällen wäre die Versorgung mit dem betreffenden Gut niedriger.

Es ist klar, welche enormen Vorteile eine Wirtschaft hat, die auf diesem Prinzip des freien Marktes aufbaut. Bevor ich auch zu den Nachteilen und Risiken komme, möchte ich zuerst noch fünf wichtige Vorteile benennen:

1. Anders als in einer zentralen Planwirtschaft sind alle Akteure, seien es Anbieter oder Nachfrager, in ihren Entscheidungen weitgehend frei und eigenverantwortlich. Die Akteure sind dabei durch ihr Eigeninteresse motiviert: Anbieter stellen aus Eigeninteresse die Güter her, die sie auf dem Markt tauschen können, Anbieter wie Nachfrager suchen aus Eigeninteresse den günstigsten Preis. Ein staatlicher oder behördlicher Zwang braucht nicht ausgeübt zu werden. Auch muss nicht vorausgesetzt werden, dass die beteiligten Personen moralisch gute Personen sein

wollen. Diesem Motor des Eigeninteresses verdanken Marktwirtschaften einen erheblichen Teil ihrer Dynamik.

2. Dank des eben geschilderten Preismechanismus passen Angebot und Nachfrage optimal zusammen, es kommt seltener zu Überangeboten oder einem Mangel an Gütern. Produziert wird, was nachgefragt wird. Es braucht dazu keine allwissende Institution zur Planung des Wirtschaftsprozesses. Entscheidungen werden dezentral an vielen Orten gefällt. Das senkt für das Gesamtsystem die Wahrscheinlichkeit von Fehlern.

3. Der Preismechanismus sorgt ebenfalls dafür, dass die Güter möglichst effizient, d.h. zu möglichst niedrigen Kosten und in möglichst kurzer Zeit hergestellt werden. Dies senkt den Preis und ermöglicht eine höhere Güterversorgung.

4. Insgesamt führt dies alles auch dazu, dass Marktwirtschaften innovativer und kreativer sind. Neue Ideen werden schneller umgesetzt, neue Produkte entstehen, die Qualität kann gesteigert werden.

5. Wegen dieser höheren Flexibilität und der kürzeren Reaktionszeit können Marktwirtschaften auch schneller auf interne wie externe Risiken oder Schocks reagieren.

Wegen dieser Vorteile ist es auch nicht überraschend, dass weltweit diejenigen Länder, die freie Märkte eingeführt und sich in kluger Weise dem Weltmarkt geöffnet haben, sich sehr viel besser entwickelt haben, als Länder, die nach dem Modell einer zentralen Planwirtschaft organisiert sind.<sup>4</sup> Auch der enorme Aufschwung der Türkei in den letzten Jahren verdankt sich solchen Öffnungsprozessen.

Allerdings haben Marktwirtschaften auch gravierende Nachteile. Diese Nachteile führen dazu, dass eine „Marktwirtschaft pur“, also eine Marktwirtschaft ohne soziale Einbettung und ohne staatliche Ordnungspolitik ethisch nicht legitimiert werden kann. Nicht umsonst wurde die unregelmäßige Marktwirtschaft, die „laissez-faire-Marktwirtschaft“ seit dem 19. Jahrhundert immer wieder kritisiert, von Sozialisten und Marxisten genauso wie von den Vertretern von Kirchen und Religionsgemeinschaften. Manche der genannten Vorteile gibt es so nur in idealen Modellwelten, so dass deren Ergebnisse auch nicht unmittelbar in der Realität ange-

wandt werden können. Das wird auch von Ökonomen selbst inzwischen deutlicher gesehen. Bevor ich dazu komme, wie diese Nachteile durch eine „Ökologische und Soziale Marktwirtschaft“ weitgehend aufgefangen werden können, möchte ich zunächst die Nachteile in den folgenden, ebenfalls fünf Punkten zusammenfassen:

1. Märkte erhalten sich nicht von selbst. Im Gegenteil, wenn sie nicht entsprechend geschützt und reguliert werden, zerstören sie sich. Ein ungehinderter Markt kann dazu führen, dass sich auf der Seite der Nachfrager oder der Anbieter oligopolistische oder monopolistische Strukturen herausbilden. Wenn aber nur wenige oder nur ein Anbieter vielen Nachfragern gegenübersteht (oder umgekehrt), haben die Nachfrager keine Wahl mehr, der Wettbewerb ist zerstört und der Preismechanismus kann nicht mehr funktionieren. Ungeregelte Märkte haben also die Tendenz in sich, sich selbst zu zerstören.

2. Um zu funktionieren, braucht die Marktwirtschaft Vertrauen. Man muss sich beispielsweise darauf verlassen können, dass die Informationen über die Produkte, die man kauft, auch stimmen. Man muss sich darauf verlassen können, dass Verträge eingehalten werden, dass zum Beispiel gelieferte Produkte auch bezahlt werden. Man muss darauf vertrauen, dass man auch langfristig die Güter, die man produziert, oder die Arbeitsleistung, die man anbietet, gegen solche Güter, die man nicht selbst herstellt, aber dennoch zum Leben braucht, eintauschen kann. Man muss schließlich darauf vertrauen, dass das Geld, das man heute eintauscht, auch morgen noch als Tauschmittel verwendet werden kann. Diese Frage des Vertrauens ist alles andere als trivial. Es braucht eine Fülle von soziokulturellen Konventionen und rechtlichen Regeln und ein hohes Maß an Solidarität, um dieses Vertrauen zu erhalten. Wenn diese fehlen, kommen kaum mehr Tauschhandlungen zustande und die Wirtschaft bricht in sich zusammen.

3. Nicht alle Menschen einer Gesellschaft sind in der Lage, ihre Arbeitskraft oder bestimmte Produkte auf dem Markt anzubieten, um lebensnotwendige Güter dafür einzutauschen. Zu dieser Gruppe der „Marktpassiven“ gehören nicht nur behinderte Menschen, sondern in bestimmten Phasen unseres Lebens wir alle: Als Kinder, als Kranke, als ältere Menschen sind wir darauf angewiesen, ohne Teilnahme am Markt versorgt zu werden. In traditionellen Gesellschaften ist es vor allem die Familie,

die diese Funktion erfüllt, in modernen Gesellschaften braucht es dafür Systeme sozialer Sicherung.

4. Durch technische und organisatorische Innovationen und Produktivitätsfortschritte wird es in einer dynamischen Marktwirtschaft immer wieder passieren, dass bestimmte Produkte nicht mehr gebraucht werden und ihre Produktion eingestellt werden muss. So verwendet beispielsweise nach der Erfindung von Computern und Druckern kaum mehr jemand Schreibmaschinen. Es wäre fatal, müsste man allen Herstellern von Schreibmaschinen für alle Zeiten garantieren, auch weiterhin Schreibmaschinen produzieren und verkaufen zu können. Dieser „Prozess kreativer Zerstörung“, wie der deutsche Ökonom Joseph Schumpeter das genannt hat<sup>5</sup>, ist auf der einen Seite erwünscht, weil es ohne ihn keinen Fortschritt geben könnte. Auf der anderen Seite bedeutet er aber für die Hersteller solcher veralteter Güter eine große Härte. Sie verlieren ihre Einkommensmöglichkeit, ihren Arbeitsplatz. Auch sie müssen deshalb gegen dieses Risiko abgesichert werden, sonst können sie die Marktwirtschaft nicht akzeptieren. Viele Probleme und soziale Kämpfe während des europäischen Industrialisierungsprozesses des 19. Jahrhunderts hingen damit zusammen, dass es einen sehr massiven Prozess kreativer Zerstörung gegeben hat, die notwendige soziale Absicherung aber noch nicht. Wachsende Armut und soziale Ungleichheit können so weit führen, dass sie die Stabilität und den Zusammenhalt von Gesellschaften zerstören.

5. Märkte funktionieren nicht immer so, wie sie sollen. Das kann verschiedene Ursachen haben. Ich möchte dies an drei Beispielen verdeutlichen: Es wäre unglaublich aufwändig und teuer, wenn jeder Stromerzeuger für die Belieferung seiner Kunden ein eigenes Stromnetz verlegen würde. Wenn überhaupt, wäre das nur sehr wenigen Anbietern möglich, für weitere gäbe es eine sehr hohe Hürde, in den Markt einzusteigen. Solche „natürlichen Monopole“ gibt es bei relativ vielen Gütern. Sie verlangen ein Eingreifen des Staates, entweder, indem er selbst als Stromerzeuger auftritt, oder indem er die Benutzung der Stromnetze so reguliert, dass deren Inhaber es auch ihren Konkurrenten zu fairen Preisen erlauben, ihren Strom hindurchzuleiten. Ein zweites Beispiel: Auf vielen Märkten gibt es notwendigerweise Asymmetrien zwischen Nachfragern und Anbietern, zum Beispiel auf dem Gesundheitsmarkt: Der Arzt ist sowohl derjenige, der eine Gesundheitsleistung anbietet, wie auch derjenige, der weiß und entscheiden kann, welche Gesundheitsleistung

der Patient braucht. Deshalb kann hier ein rein freier Markt nicht funktionieren. Die Patienten wären der Ausbeutung durch die Ärzte hilflos ausgeliefert. Auch hier muss regulierend eingegriffen werden, z.B. durch eine Professionsethik für Ärzte, durch feste Honorare und eine Krankenversicherung für die Patienten. Drittens schließlich funktionieren Märkte nicht, um sogenannte „öffentliche Güter“ bereitzustellen. Öffentliche Güter sind solche Güter, von deren Nutzung niemand ausgeschlossen werden kann. Wegen dieser Eigenschaft ist kaum jemand bereit, die Kosten aufzuwenden, um ein öffentliches Gut bereitzustellen, denn er kann es ja genauso gut nutzen, wenn jemand anderer es erzeugt. Im Extremfall wird dann ein solches öffentliches Gut überhaupt nicht bereitgestellt. Gute Beispiele hierfür sind öffentliche Sicherheit, eine gute Verkehrsinfrastruktur, saubere Luft oder die Milderung des Klimawandels. Auch hier ist der Staat gefragt, oder auch Zusammenschlüsse von Produzenten, um solche öffentlichen Güter bereitzustellen.<sup>6</sup>

Ich möchte es ganz klar sagen: diese Nachteile sind so gravierend, dass ich eine freie Marktwirtschaft nur dann für moralisch legitim halte, wenn es irgendwie gelingt, diese Nachteile zu beseitigen oder mindestens stark zu mildern. Und in der Tat gibt es eine Idee, wie das gelingen könnte. In Deutschland trägt diese Idee den Namen „Soziale Marktwirtschaft“.<sup>7</sup>

## **2.2 Das Konzept „Sozialer Marktwirtschaft“**

Die Idee der „Sozialen Marktwirtschaft“ war schon während des Zweiten Weltkriegs von Ökonomen entwickelt worden, die, oft motiviert durch ihre christlichen Überzeugungen, über die Zukunft Deutschlands nach dem Krieg und der Nazizeit nachdachten. „Erfinder“ des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“ war der Religionssoziologe, Kulturanthropologe und Wirtschaftswissenschaftler Alfred Müller-Armack (1901-1978), der ihn 1946 in seinem Buch „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“<sup>8</sup> prägte, das übrigens größtenteils während der Nazi-Zeit in einem katholischen Kloster in Vreden-Ellewick bei Münster entstanden war.

Ähnliche Konzepte hatten Wirtschaftswissenschaftler wie Franz Böhm (1895-1977), Walter Eucken (1891-1950)<sup>9</sup> und Hans Großmann-Doerth (1894-1944), die Begründer der „Freiburger Schule“, entwickelt. Zu ihr werden neben Müller Armack häufig auch Wilhelm Röpke (1899-1966) und Alexander Rüstow (1885-1963) gezählt. Die beiden letzteren lebten

zu dieser Zeit übrigens in Istanbul, weil sie wegen ihres offenen Widerstands gegen den Nationalsozialismus Deutschland verlassen mussten und in der Türkei Asyl und wissenschaftliche Betätigungsmöglichkeiten gefunden hatten. Die damaligen „neuen Liberalen“ kritisierten massiv den Laissez-faire-Kapitalismus, forderten einen starken, die Wirtschaft regulierenden Staat, der über den Partikularinteressen stehen sollte, und propagierten die Einsicht, dass ein freier Markt nur dann wirklich funktionieren und dem Gemeinwohl dienen kann, wenn er einer vom Staat geschaffenen Rahmenordnung unterworfen wird. Aus diesem Grund wurde die „Freiburger Schule“ auch mit der Bezeichnung „Ordoliberalismus“ in Abgrenzung zum laissez-faire-Liberalismus und seiner Minimalstaatsvorstellung („Nachtwächterstaat“) des 19. Jahrhunderts belegt.

Politisch wirksam wurde die Idee der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland durch die Währungsreform vom 20. Juni 1948 und die von Ludwig Erhard, dem damaligen Direktor der Verwaltung für Wirtschaft der britisch-amerikanischen Besatzungszone, betriebene Aufhebung staatlicher Preis- und Mengenvorschriften.<sup>10</sup> Anders als dies im Rückblick heute oft dargestellt wird, überzeugte die Reform nicht sofort. Zunächst wuchs zwar das Warenangebot, aber es stiegen auch die Preise, die Arbeitslosigkeit nahm zu und damit auch Ablehnung und Kritik. Im November 1948 riefen die Gewerkschaften zum Protest gegen diese Wirtschaftspolitik den einzigen Generalstreik der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte aus. Im Bundestagswahlkampf 1949 warf die SPD Erhard vor, die deutsche Wirtschaft „zu ruinieren“. Auch innerhalb der CDU, die im „Ahlener Programm“ 1947 noch einen „christlichen Sozialismus“ propagiert hatte, gab es große Widerstände. Erhard konnte sich jedoch schließlich mit seiner „sozialverpflichteten Marktwirtschaft“ durchsetzen. Die Vollbeschäftigung wurde erst fünf Jahre später, 1954 erreicht. Die Soziale Marktwirtschaft war also trotz Marshall-Plan zunächst durchaus mit langen Durststrecken verbunden. Erhebliche Widerstände gab es übrigens auch von Unternehmenseite. Der Bundesverband der Deutschen Industrie kämpfte noch 1957 gegen einen anderen unverzichtbaren Teil des Konzepts Sozialer Marktwirtschaft, nämlich das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und die Errichtung eines Kartellamts.

Dass die Wirtschaftspolitik Erhards letztlich doch zum politischen Erfolgsschlag wurde, ist besonders zwei Faktoren zu verdanken: einmal natürlich dem enormen wirtschaftlichen Aufschwung des deutschen „Wirt-

schaftswunders“, das freilich vom westlichen Ausland, insbesondere den USA, massiv befördert worden war, zum anderen aber auch der Tatsache, dass mit dem Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ eine Formel für einen dritten Weg zur Versöhnung von Kapitalismus und Sozialismus gefunden wurde, mit der es möglich war, ein von Wirtschaftswissenschaftlern entwickeltes marktfreundliches Konzept einer politischen Öffentlichkeit näher zu bringen, die von starker Skepsis gegenüber einer freien Marktwirtschaft geprägt war.

Als entscheidende Merkmale einer Sozialen und Ökologischen Marktwirtschaft sind die folgenden fünf Punkte zu nennen.

1. Um funktionieren zu können, brauchen Märkte eine Rahmenordnung, die aus gesetzlichen Regelungen und aus Institutionen besteht. Dazu gehören eine Kartellbehörde, die Kartelle und Monopole verhindert, die Garantie des Privateigentums und der Vertragsfreiheit, die Einhaltung des Haftungsprinzips sowie ein Rechtssystem, das es den Bürgerinnen und Bürgern erlaubt, ihre Rechtsansprüche anderen gegenüber vor effizient funktionierenden und nicht korrumpierbaren Gerichten einzuklagen. Eine unabhängige Zentralbank muss in der Lage sein, für Geldwertstabilität zu sorgen. Wegen der Asymmetrie auf vielen Märkten braucht es so etwas wie eine Verbraucherschutzgesetzgebung, Qualitätskontrolle, Kennzeichnungsvorschriften zum Schutz der schwächeren Marktteilnehmer.

2. Die Bereitstellung öffentlicher Güter muss vom Staat selbst oder in dessen Auftrag garantiert werden. Hierzu gehören vor allem öffentliche Sicherheit, Infrastruktur, Bildung, Gesundheitsversorgung und Umweltschutz.

3. Um marktpassiven Menschen das Überleben in Würde zu sichern, sind soziale Sicherungssysteme nötig, die die Menschen vor zentralen Lebensrisiken wie Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Armut im Alter und Pflegebedürftigkeit schützen.

4. Wirtschaftliche Prozesse in Marktwirtschaften verlaufen häufig zyklisch. Weil die Anpassungen zwischen Angebot und Nachfrage eben doch nicht reibungslos funktionieren, gibt es immer wieder Überproduktion, Preisblasen, konjunkturelle Einbrüche. Der Staat muss versuchen, die Auswirkungen solcher Krisen möglichst klein zu halten. Dies kann gelin-

gen durch eine antizyklische Konjunkturpolitik. Diese darf jedoch nicht nur in Schwächephasen antizyklisch auf Staatskosten für mehr Wachstum sorgen, in Wachstumsphasen muss ebenso antizyklisch dafür gesorgt werden, dass die entstandene Staatsverschuldung wieder abgebaut wird oder Rücklagen für die nächste Krise gebildet werden. Da letzteres in den letzten Jahrzehnten stark vernachlässigt worden ist, haben wir es in sehr vielen Ländern mit dem Problem extrem hoher Staatsverschuldung zu tun.

5. Um all diese Maßnahmen der Regulierung des Marktes, der antizyklischen Wirtschaftspolitik und der sozialen Sicherung bewältigen zu können, braucht es einen starken Staat, der dazu auch wirklich in der Lage ist, d. h. einen Staat mit einer effizienten Verwaltung und einer funktionierenden demokratischen Kontrolle und Legitimation. Vor allem muss dafür gesorgt werden, dass ökonomische Macht nicht die politischen Entscheidungsprozesse in undemokratischer Weise verzerrt. Primat des Staates bedeutet eine Fähigkeit des Staates, im Interesse des Gemeinwohls und unabhängig von den wirtschaftlichen Interessen einzelner Gruppen regulierend in den Markt einzugreifen. Primat des Staates bedeutet nicht, dass der Staat selbst als wirtschaftlicher Akteur tätig werden müsste.

Die genannten fünf Punkte sind nicht vollständig und nicht in allen Konkretisierungen Konsens derjenigen, die für eine Soziale Marktwirtschaft eintreten. Denn das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft war von Anfang an nicht so einheitlich, wie es diejenigen gerne hätten, die es damals und heute für ihre jeweils eigenen Interessen beanspruchen wollten bzw. wollen. Es sind mindestens zwei grobe Richtungen zu unterscheiden, eine stärker ordoliberaler und eine stärker sozialpolitische. Für den ordnungspolitischen Puristen Eucken, letztlich aber auch für Erhard war klar, dass der freie Markt selbst bereits „sozial“ sei, weil er durch die freie Preisbildung und durch den Wettbewerb solche Verhältnisse hervorbringe, die einerseits allen möglichst große Chancen böten, andererseits aber auch einseitige Machtkonzentrationen verhinderten. Deshalb konnte Erhard immer wieder betonen: „Die Begriffe ‚frei‘ und ‚sozial‘ decken sich nämlich; je freier die Wirtschaft ist, um so sozialer ist sie auch.“<sup>11</sup> Nach dieser Auffassung fügt also das Beiwort „sozial“ dem Begriff der „freien Marktwirtschaft“ eigentlich nichts Neues hinzu.

Demgegenüber vertraten Müller-Armack, Röpke und Rüstow die Auffassung, dass der Markt so etwas wie ein „Halbautomat“ sei, der durchaus der Lenkung bedürfe, und zwar nicht nur durch eine möglichst konstant zu haltende Rahmenordnung, sondern auch durch sozial- und konjunkturpolitische Ziele. Auch für die letzteren war „Marktkonformität“ ein wichtiges Kriterium für die zu ergreifenden Maßnahmen, aber der instrumentelle Charakter des Marktmechanismus und seine Unterordnung unter sozialpolitische Ziele kommen bei ihnen stärker zum Ausdruck. Das Adjektiv „sozial“ hat hier also eine zusätzliche, die freie Marktwirtschaft qualifizierende Bedeutung, weshalb Müller-Armack darauf bestand, Soziale Marktwirtschaft mit großem ‚S‘ zu schreiben. Sein Konzept ist offen für eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Er selbst schlug 1962 vor, die Soziale Marktwirtschaft explizit einem „gesellschaftspolitischen Leitbild“ zu unterwerfen.<sup>12</sup> Darin waren auch schon damals Fragen des Umweltschutzes angedeutet.<sup>13</sup> Sein Konzept ermöglicht also ohne Weiteres eine Ergänzung durch das Ziel einer besseren Erhaltung der Umwelt in Richtung einer „Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft“.

### **2.3. AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN DER „SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT“ IN DEUTSCHLAND**

Vielleicht sollte ich am Beispiel der Entwicklung Deutschlands kurz illustrieren, dass das Konzept „Sozialer Marktwirtschaft“ tatsächlich nicht statisch ist, sondern einzelne Elemente Sozialer Marktwirtschaft immer wieder den Zeiten angepasst, reformiert und weiter entwickelt werden müssen. Die ersten Jahrzehnte der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland waren nicht nur Jahre hohen wirtschaftlichen Wachstums, sondern auch Jahre eines kontinuierlichen Ausbaus sozialer Sicherheit. Angesichts des demographischen Wandels, der Konkurrenz auf dem Weltmarkt und des bevorstehenden Übergangs weg von einer Kohlenstoff-Ökonomie hin zu einer Energieversorgung mit erneuerbarer Energie, wird das erreichte hohe Niveau an sozialstaatlichen Transfers so nicht aufrecht erhalten werden können. Wie soziale Leistungen im Einzelnen auch immer beurteilt werden, vieles spricht dafür, dass sie jedenfalls in der Summe eine zu hohe Belastung darstellen, dadurch die Staatsverschuldung gesteigert, über die hohe Abgabenlast das wirtschaftliche Wachstum beeinträchtigt, über falsche Anreize die individuelle Leistungsbereitschaft geschwächt und die Allokation von Produktionsfaktoren verzerrt haben.<sup>14</sup> Der letzte

ausgeglichene Bundeshaushalt, der ohne Neuverschuldung auskam, liegt in Deutschland 40 Jahre zurück. Die Staatsquote (sämtliche Ausgaben des Staates und der Sozialversicherungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt), 1960 noch bei 33%, erreichte schon 1975 einen ersten Höhepunkt von fast 49%. 2007 betrug sie 43,9% und stieg, bedingt durch die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Jahre 2009 auf 47,6%.<sup>15</sup> Von den „Vätern“ der Sozialen Marktwirtschaft wurde das hinter der Ausweitung von Sozialleistungen vermutete Anspruchsdenken hart kritisiert. Schon in seinem 1957 publizierten Buch „Wohlstand für alle“ bemängelte Erhard „die wachsende Sozialisierung der Einkommensverwendung, die um sich greifende Kollektivierung der Lebensplanung, die weitgehende Entmündigung des Einzelnen und die zunehmende Abhängigkeit vom Staat [...]“. Diese Entwicklungen führten „hin zum Versorgungsstaat [...], an dessen Ende der soziale Untertan und die bevormundete Garantierung der materiellen Sicherheit durch einen allmächtigen Staat, aber in gleicher Weise auch die Lähmung des wirtschaftlichen Fortschritts in Freiheit stehen wird“.<sup>16</sup> Besonders wichtig war den „Vätern“ der Sozialen Marktwirtschaft die Verpflichtung und Befähigung zur Eigenverantwortung. Rüstow wird immer wieder ein Bonmot zugeschrieben, das dies anschaulich zum Ausdruck bringt: „Brauchst du eine hilfreiche Hand, so suche sie zunächst am Ende deines rechten Armes“. Auch einer der wichtigsten Vertreter Katholischer Soziallehre, der Jesuit Oswald von Nell-Breuning, warnte immer wieder vor einer verbreiteten Versorgungsmentalität: „Die heute weitverbreitete Haltung, in jeder Schwierigkeit [...] nach Fremdhilfe, insbesondere nach Staatshilfe zu schreien, verstößt gegen das Subsidiaritätsprinzip. [...] Wenn alle, anstatt den Staat zu tragen, sich an ihn hängen wie das kleine Kind an die Schürze der Mutter, dann ist die staatsbürgerliche Moral bereits zusammengebrochen [...]“.<sup>17</sup> Der Verweis auf „Eigenverantwortung“ kann sicherlich auch ideologisch zur Rechtfertigung unsozialer Einschränkungen missbraucht werden. Eigenverantwortung kann nur gefordert werden, wenn sie mit einer „Sozialpolitik der Befähigung“ verbunden wird, damit die Betroffenen auch in die Lage versetzt werden, wirklich Eigenverantwortung zu übernehmen.<sup>18</sup> Auf der anderen Seite ist es jedoch auch eine Tatsache, dass Sozialleistungen Eigeninitiative verhindern können und damit den Betroffenen langfristig eher schaden als nützen. Um solche Abhängigkeiten sowie die Risiken der Ausbeutung des Systems und zu hohe Belastungen zu vermeiden, ist durchaus zu fordern, wie das im Impulstext der Kommission VI der Deutschen Bischofskonferenz „Das Soziale neu denken“ 2003 formuliert

wurde, „die Grenze zwischen einem solidarisch abgesicherten klaren Gewährleistungsrahmen für alle und dem Bereich der Eigenverantwortung neu zu ziehen“.<sup>19</sup>

Ohne Zweifel stehen wir heute vor neuen und großen Herausforderungen, die einen Umbau der Sozialen Marktwirtschaft nach sich ziehen müssen, wie ihn sich ihre „Väter“ wohl kaum hätten vorstellen können. Insbesondere muss auch nach einem global gültigen und durchsetzbaren Regelwerk gesucht werden. Deshalb kann der Bezug auf „die“ Soziale Marktwirtschaft nicht bedeuten, über ein klar abgegrenztes Konzept mit eindeutigen Handlungsrezepten zu verfügen. Für Müller-Armack war Soziale Marktwirtschaft ein „Wirtschaftsstil“ und deshalb alles andere als ein statisches Konzept, vielmehr ein durchaus zukunftsoffenes Entwicklungsprogramm. Kriterium für die Richtigkeit von Reformen kann nicht sein, ob sie sich durch Bezug auf die Schriften der Väter der Sozialen Marktwirtschaft rechtfertigen lassen oder nicht. Deshalb kann und darf der Begriff auch nicht einseitig für die Durchsetzung partikularer Interessen vereinnahmt werden. Vielmehr muss es heute darum gehen, durch eine genaue Wirkungsanalyse sozial- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen abzuschätzen, ob sie wirklich zu mehr sozialer Gerechtigkeit und besserer Umweltverträglichkeit – und das in globaler Dimension – beitragen.

In der gegenwärtigen Situation sehe ich ein großes Problem darin, dass viele Menschen, die die Wirkungszusammenhänge nicht überschauen, kein Vertrauen mehr in den Sachverstand von Politikern und Experten aufbringen, sondern sich durch populistische Anklagen und Versprechungen verführen lassen. Es ist leider oft so, dass auf den ersten Blick gut gemeinte Maßnahmen äußerst nachteilige Folgen haben können. Manche Entwicklungen, beispielsweise die Arbeitsplatzverlagerungen ins Ausland, werden total überschätzt. Viele Maßnahmen wirken auch erst langfristig, so dass bis zum Erreichen der angestrebten Effekte eine Durststrecke zu überwinden ist, die natürlich politisch ausgebeutet werden kann, um die Verantwortlichen solcher Maßnahmen zu diskreditieren. Es ist in einer Ordnung, die auf die Handlungsfreiheit der Einzelnen und deren Steuerung durch Spielregeln setzt, auch nicht möglich, jedes Mal, wenn es zu unerwünschten Ergebnissen kommt, direkt korrigierend einzugreifen oder die Regeln immer wieder zu ändern. Die langfristige Verlässlichkeit allgemeiner Regeln ist oft wichtiger als die Sicherstellung richtiger Handlungen in jedem Einzelfall. Wenn kurzfristiges Denken, unmittelbares

Schielen auf Meinungsumfragen, Gieren nach Verhetzungspotenzialen, aktionistischer Interventionismus und populistische Versprechungen das politische Feld beherrschen, ist leider kaum mehr mit dem Mindestmaß an Rationalität in den Entscheidungsprozessen zu rechnen, die wir zur Lösung der Probleme dringend brauchen.

### **3. DIE WURZELN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT IN DEN SOZIALLEHREN DER CHRISTLICHEN KIRCHEN**

#### **3.1. Historische Hintergründe Und Lernprozesse**

Die Soziallehren der Kirchen sind im 19. Jahrhundert als Reaktion auf die sozialen Probleme entstanden, die mit der kapitalistischen Industrialisierung im 19. Jahrhundert in West- und Mitteleuropa verbunden waren – freilich schon auf der Grundlage einer jahrhundertealten Denktradition über ethische Kriterien für das menschliche Zusammenleben. Es waren engagierte Christinnen und Christen beider Konfessionen, die sich – durchaus auch durch ihren Glauben motiviert – von der Not der Menschen haben betroffen lassen, konkrete Aktionen zur Hilfe unternommen haben, die Verhältnisse kritisiert haben und für Veränderungen eingetreten sind. Dabei haben sich die sozialen Aktivitäten dieser engagierten Christinnen und Christen, in denen sie auch bald von wichtigen Teilen der Kirchenleitungen unterstützt wurden, selbst im Laufe der Zeit weiter entwickelt, trotz gewisser konfessioneller Unterschiede übrigens durchaus in einer ähnlichen Weise. Man könnte diese Veränderungen als Lernprozesse verstehen, die diese Christinnen und Christen durchlaufen haben. Es wäre möglich, sie detailliert an den Veränderungen aufzeigen, die sich in Stellungnahmen wichtiger Vertreterinnen und Vertreter dieses sozialen Christentums finden lassen, z.B. an der Entwicklung gesellschaftskritischer und sozialpolitischer Positionen des als „Arbeiterbischof“ verehrten Wilhelm Emmanuel von Ketteler. Das würde jetzt allerdings den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Ich fasse deshalb diese Lernprozesse in wenigen Schlagworten zusammen, ohne sie detailliert nachzuweisen.<sup>20</sup>

1. Zu Beginn reagierten zeitkritische Christinnen und Christen eher so, dass sie die modernen Entwicklungen verurteilten, die geordnete Gesellschaft des späten Mittelalters idealisierten und eine Art Rückkehr zu einer nach Ständen geordneten Gesellschaft propagierten, um den Kapitalismus zu überwinden. Erst allmählich wurde den meisten Vertreterinnen

und Vertretern des sozialen Christentums klar, dass dies eine Illusion bleiben würde. Ein Teil von ihnen sympathisierte deshalb mit sozialistischen Gesellschaftsmodellen, vor allem in der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg.<sup>21</sup> Der größere Teil von ihnen, vor allem nach den Erfahrungen mit den totalitären Regimen des kommunistischen Sozialismus in der Sowjetunion und des Nationalsozialismus in Deutschland, plädierte jedoch für eine Art „dritten Weg“ zwischen einem planwirtschaftlichen Sozialismus und einem laissez-faire-Kapitalismus.

2. Am Anfang erwarteten viele Christinnen und Christen eine Verbesserung der Situation der Armen vor allem von einer Bekehrung der Reichen, von der Wiederentdeckung der christlichen Tugenden des Teilens und der sozialen Liebe, welche letztlich nur denkbar erschienen im Rahmen einer erneuerten und intensiveren Rückkehr zum christlichen Glauben. Bekehrung erschien als Lösung der Probleme. Aber auch hier wurde sehr schnell klar, dass man eine Veränderung der Zustände nicht nur von einer Bekehrung der Herzen und einem freiwilligen Gesinnungswandel erwarten kann. Mehr und mehr wurde klar, dass konkrete Strukturreformen notwendig sein würden, die vom Staat durch eine entsprechende Gesetzgebung sowie wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen in die Wege geleitet werden mussten. Von da an war von einer notwendigen Dialektik von „Gesinnungsreform“ und „Zuständereform“ die Rede.<sup>22</sup>

3. Im Kontext einer obrigkeitsstaatlichen Vorstellung wird vorrangig dem Staat die Weisheit, die Fähigkeit und die Legitimität zur besten Regelung der Zustände zugeschrieben. Dank einer gewissen Staatsferne des Sozialkatholizismus, die mit der starken protestantischen Dominanz im Deutschen Reich von 1871 zu tun hatte, waren jedoch vor allem katholische Christinnen und Christen dafür sensibel, dass die notwendigen Veränderungen auch von unten sich entwickeln sollten, auch wenn sie letztlich nur über staatliche Politik wirksam werden können. Aber diese Einsicht führte zu einer großen Stärke von Basisorganisationen (dem deutschen „Verbandskatholizismus“), trug zur breiten Bewusstseinsbildungsarbeit bei und machte fähig zur Kooperation auch mit anderskonfessionellen oder nicht-christlichen Gruppen, zuerst vor allem innerhalb der Gewerkschaften, nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch zunehmend auch in den demokratischen Parteien.

4. Relativ schnell wurde den Christinnen und Christen beider Konfessionen klar, dass man sich beim Eintreten für soziale Reformen nicht allein auf die christliche Offenbarung der Heiligen Schrift oder religiöse Autoritäten stützen kann, und dies aus zwei Gründen: Zum Einen sind die Fragen, die durch die moderne Gesellschaft und die Industrialisierung aufgeworfen worden so neu, dass man nicht erwarten kann, in den Offenbarungsschriften und von Seiten religiöser Autorität Antworten auf sie zu finden. Würde man dies erwarten, würde man die Heilige Schrift und die religiöse Autorität überfordern, sie zu Antworten verführen, die sie eigentlich nicht geben kann und so langfristig ihre Autorität untergraben. Zum Anderen ist es aber auch nötig, sich bei der Suche nach gemeinsamen Grundlagen moderner Gesellschaften, in denen ja nicht nur Christen leben, sondern auch Angehörige anderer Religionen und Nicht-Gläubige, auf eine Basis zu stützen, die alle Menschen miteinander teilen, nämlich auf allgemein menschliche Vernunfteseinsichten. Nur wenn man in der politischen Öffentlichkeit vernünftige, von partikularen religiösen Glaubenseinsichten unabhängige Argumente benutzt, kann man erwarten, die anderen überzeugen zu können. Rekuriert man hingegen auf Argumente, die nur auf der Basis eines bestimmten religiösen Glaubens verständlich sind, wird es aussichtslos sein, eine gemeinsame Basis zu finden. Wir können ja nicht, um unser Zusammenleben durch gemeinsame und für alle gültige Regeln zu ordnen, abwarten, bis alle denselben religiösen Glauben haben. Der notwendige Konsens über die moralischen Grundlagen unserer pluralistischen Gesellschaften muss von der Bekehrungsfrage gelöst werden. Oswald von Nell-Breuning hat mit Blick auf das Subsidiaritätsprinzip, das oft in einer engen Verbindung mit der katholischen Soziallehre gesehen wird, die lapidare Feststellung getroffen: „Prinzipien sind weder katholisch noch un- oder antikatholisch, sondern ganz schlicht entweder richtig oder falsch. Und ob ein Prinzip richtig oder falsch ist, ist keine Glaubensfrage, sondern eine Sachfrage, die nicht durch Autoritätsbeweis, [...], sondern einzig und allein durch sorgfältige Sachprüfung [...] entschieden werden kann.“<sup>23</sup>

5. Mit diesem starken Vernunftbezug christlicher Sozialethik, der sich übrigens ebenfalls in den Hauptströmungen evangelischer Sozialethik findet, hängt ein weiterer wichtiger Lernfortschritt im Denken des sozialen Christentums zusammen: Während man lange Zeit dachte, dass alle Lebensbereiche letztlich immer von einem religiösen Glauben her betrachtet und auf diesen hin geordnet werden sollten, lernte man mit

der Zeit, dass es Bereiche in der Gesellschaft gibt, die sozusagen ihrer eigenen Gesetzmäßigkeit gehorchen, und vor allem, dass dies auch vollkommen legitim ist.<sup>24</sup> In der Wirtschaft gelten eben andere Regeln als in der Wissenschaft oder in der Politik oder im Bildungssystem oder beim Sport. In einigen dieser Bereiche, z.B. dem Sport, aber auch der Wirtschaft, ist es auch aus religiöser und ethischer Sicht vollkommen unproblematisch, wenn die Menschen dort nach Eigeninteresse handeln, vorausgesetzt, diese Bereiche sind begrenzt und so geregelt, dass der Umgang miteinander fair bleibt. In diesen Bereichen sind also die einzelnen Handlungen der Menschen sozusagen von moralischen Anforderungen entlastet, sie dürfen hier in einem gewissen Maße egoistisch sein, wenn die allgemeinen Regeln dieser Bereiche zugleich sicherstellen, dass trotzdem ein moralisch vertretbares Ergebnis dabei herauskommt. Genau das trifft m.E. für eine Soziale Marktwirtschaft zu.

6. Schließlich haben die Vertreterinnen und Vertreter des sozialen Christentums gelernt, dass man den armen und notleidenden Menschen nicht dadurch am besten hilft, dass man auf ganz neue und andere Systemalternativen hofft, sondern dadurch, dass man versucht, in kleinen Schritten das bestehende System zu verändern und weiterzuentwickeln. Eine Politik der kleinen Schritte ist besser als das erfolglose Warten auf einen kompletten Systemwechsel.

### **3.2 Die Erarbeitung Des Konzepts Sozialer Marktwirtschaft Durch Christliche Gelehrte**

Vor dem Hintergrund dieser Lernprozesse, die insgesamt durchaus etwa 100 Jahre in Anspruch genommen haben, entstand dann in den 1940er Jahren die Idee der „Sozialen Marktwirtschaft“. Deren Vertreter haben ganz bewusst an die Soziallehren sowohl der evangelischen wie der katholischen Kirche angeknüpft, wie sie sich angesichts der Sozialen Frage im 19. Jahrhundert im sozialen Protestantismus und im Sozialkatholizismus entwickelt hatten. Weitere Anknüpfungspunkte waren selbstverständlich auch sozialphilosophische und sozialpolitische Gedanken, wie sie beispielsweise im „Verein für Socialpolitik“ [sic] diskutiert worden waren, einer Vereinigung von Wissenschaftlern, die teilweise auch außerhalb der Kirchen standen. Aber es ist klar, dass die „Väter“ der „Sozialen Marktwirtschaft“ v.a. Christen waren und das Konzept aus voller christlicher Überzeugung entwickelt haben. Heute beanspruchen sowohl Katholiken

wie Protestanten für sich, dass die Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft in ihren eigenen Denktraditionen lägen.<sup>25</sup>

Bereits 1942/43 regten der evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer und die Leitung der evangelischen Bekennenden Kirche, die sich im Widerstand gegen den Nationalsozialismus befand, die „Freiburger Denkschrift“ an, die dann überwiegend von der „Freiburger Schule“ erarbeitet worden war. Darin wurden erste Überlegungen zu einer Wirtschaftsordnung der Nachkriegszeit angestellt. Die Autoren sahen in den Forderungen nach personaler Freiheit und sozialer Gerechtigkeit Kernforderungen des Christentums. Aber sie wandten sich gegen diejenigen Ideologien, die eine der beiden Forderungen auf Kosten der anderen überbetonten (Liberalismus bzw. Sozialismus) und suchten nach einer Synthese zwischen den Extremen. Vor allem Röpke übersetzte die klassischen Prinzipien katholischer Soziallehre – Personalität, Solidarität und Subsidiarität – in ein wirtschaftspolitisches Konzept eines „dritten Weges“.<sup>26</sup> Müller-Armack erläuterte beim Evangelischen Kirchentag 1950 in Essen die Soziale Marktwirtschaft als diejenige Wirtschaftsordnung, die die Freiheit und die soziale Gerechtigkeit zu einem praktischen Ausgleich bringe.

### **3.3 Soziale Marktwirtschaft Und Katholische Soziallehre**

Die Soziale Marktwirtschaft, wie sie v.a. in den 1940er Jahren entwickelt wurde, ist also sicherlich in erster Linie ein Werk evangelischer Gelehrter und evangelischer Politiker gewesen, obwohl es keine Zweifel gibt, dass sie auch mit der katholischen Sozialethik vereinbar ist. Aber in großen Teilen des Sozialkatholizismus nach dem Zweiten Weltkrieg gab es weiterhin Skepsis und Kritik, z.B. auch bei Oswald von Nell-Breuning und seinen Nachfolgern in St. Georgen.<sup>27</sup> Auf der anderen Seite befürworteten der Eucken-Schüler und spätere Kölner Kardinal Joseph Höffner und ein großer Teil seiner Schüler die Soziale Marktwirtschaft ohne Einschränkung, teilweise sogar in der eher ordoliberalen Variante. So betonte Höffner in einer Ansprache vor der Deutschen Bischofskonferenz 1985: „Die katholische Soziallehre hält die Marktwirtschaft für die richtige Grundform der Wirtschaftsordnung.“ Erst im Nachsatz folgt dann: „Sie [die katholische Soziallehre] ist jedoch davon überzeugt, dass ihr ein humanes Leitbild gegeben werden muss.“<sup>28</sup> Die päpstlichen Sozialenzykliken von Johannes XXIII., Paul VI. und anfangs auch Johannes Pauls II. sind eher von Kapitalismus-Kritik als von positiven Aussagen zur Marktwirtschaft

gekennzeichnet. Erst in der päpstlichen Sozialzyklika „Centesimus annus“ (1991), nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus, wird der freie Markt als Instrument und damit die Soziale Marktwirtschaft von päpstlicher Seite voll und ganz sozialetisch akzeptiert. Im gemeinsamen Wort der evangelischen und der katholischen Kirche in Deutschland „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997 wird die Soziale Marktwirtschaft, auch wenn an vielen Stellen Korrekturbedarf angemeldet wird, als Grundkonzept ohne Einschränkung befürwortet. „Es ist [...] kein Wirtschaftssystem in Sicht, das die komplexe Aufgabe, die Menschen materiell zu versorgen und sie sozial abzusichern, ebenso effizient organisieren könnte wie die Soziale Marktwirtschaft.“<sup>29</sup> Der Nachfolger Höffners in der Leitung der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof und spätere Kardinal Karl Lehmann hat sich 1998 in einem Vortrag am Walter-Eucken-Institut in Freiburg i. Br. das Konzept Sozialer Marktwirtschaft ebenfalls explizit zu eigen gemacht.<sup>30</sup>

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft passt auch zu den Sozialprinzipien, wie sie insbesondere in der Katholischen Soziallehre entwickelt worden sind.<sup>31</sup> Es gibt dabei bei den Vertretern dieser Lehre leicht unterschiedliche Vorstellungen von der Zahl und der genauen Bezeichnung der Sozialprinzipien.<sup>32</sup> Ich werde hier von Personalität, Solidarität und Subsidiarität sprechen. Manchen nehmen auch das Gemeinwohlprinzip hinzu, man kann das Solidaritätsprinzip aber so verstehen, dass das Gemeinwohlprinzip in ihm enthalten ist. Auch die Gerechtigkeit, wenn wir sie denn als Prinzip verstehen wollen, kann der Solidarität zugeordnet werden, ebenso das neue Prinzip der Nachhaltigkeit, das im Kern die Solidarität mit den zukünftigen Generationen bedeutet.

Die genannten Sozialprinzipien sind das Ergebnis einer Betrachtung des Wesens des Menschen. Wenn man sich klarmacht, was den Menschen und seine Lebenssituation ausmacht, und wenn man sich darüber hinaus fragt, was die Bedingungen dafür sind, dass menschliches Leben gelingen kann, wird man zu diesen oder ähnlichen Prinzipien kommen. Sie sind einsichtig für alle Menschen, die mit Vernunft begabt sind. Tatsächlich gibt es ganz ähnliche Überlegungen auch in der Philosophie, z.B. bei Martha Nussbaum, deren Liste der allen Menschen eigenen Fähigkeiten als eine Art Ausfaltung dieser Sozialprinzipien interpretiert werden kann. Diese Prinzipien sind aber in besonderer Weise bestätigt für Menschen, die an Gott glauben. Denn theologisch begründet sind sie durch die Vor-

stellung, dass der Mensch und die Welt, in der er lebt, von Gott geschaffen worden sind, der ihn genau mit diesen Wesenseigenschaften ausgestattet hat, aus denen man die Prinzipien ableiten kann.

Gott selbst hat den Menschen nach christlichem Verständnis, welches aber hier vom jüdischen und muslimischen Verständnis sicher nicht weit entfernt ist, als Person geschaffen, ihn mit Vernunft ausgestattet, ihm Freiheit gegeben, weil er von einem Wesen verehrt werden wollte, das wirklich aus freien Stücken und nicht etwa auf Grund von Zwang an Gott glaubt und Gott verehrt. Gott hat den Menschen als eine Person geschaffen, die über ein Gewissen verfügt und zu moralischem Handeln fähig, aber auch verpflichtet ist. Das alles begründet die Würde des Menschen, oder, theologisch gesprochen, die Gottebenbildlichkeit. Aus dieser Personalität des Menschen folgt, dass er bestimmte Rechte haben muss, dass er niemals bloß als Mittel zu fremden Zwecken, sondern immer entsprechend seiner Würde, und im Kern heißt dies: entsprechend seinem Recht auf Selbstbestimmung, behandelt werden muss. Aus dieser Personalität folgt die Autonomie der Person, und das heißt, das sie die Freiheit haben muss, ihr eigenes Leben selbst in die Hand zu nehmen, dass sie aber auch zugleich die Pflicht hat, im Rahmen seiner Möglichkeiten sein Leben auch eigenverantwortlich zu führen.<sup>33</sup> Auf den Bereich des Wirtschaftens bedeutet dies, dass die Soziale Marktwirtschaft durchaus diesem Personalitätsprinzip entspricht, denn in ihr werden die Menschen als frei betrachtet, sie können als Unternehmer oder Arbeitnehmer tätig werden, sie können als Konsumenten freie Entscheidungen treffen, usw.

Weil aber keine Person alleine leben kann, weil Personen zwar autonom, aber nicht autark sind, sondern immer wieder, vor allem am Beginn und am Ende des Lebens aufeinander angewiesen sind, weil Menschen von ihrem Wesen her sowohl individuelle wie soziale Wesen sind, muss das Personalitätsprinzip durch das Solidaritätsprinzip ergänzt werden. Wir brauchen Lebensformen, wie z.B. die Familie, in der die Menschen ihre gemeinsamen Bedürfnisse befriedigen, Freundschaft und Gemeinschaft erleben, Kinder groß ziehen, kranke Familienmitglieder versorgen. Aber die Solidarität greift über die Nahbeziehungen hinaus, zum Beispiel dadurch, dass auch in einer Gesellschaft, die arbeitsteilig organisiert ist, die Menschen aufeinander angewiesen sind. Diese starken wechselseitigen Abhängigkeiten, diese „Gemeinverstrickung“, wie Oswald von Nell-Breuning sagt, verlangt dann auch nach Regeln und Verfahren, die tatsächlich

sicherstellen, dass alle in gerechter Weise am Leben der Gemeinschaft und der Gesellschaft beteiligt sind. Sie macht es erforderlich, dass alle Mitglieder einer Gesellschaft füreinander Verantwortung übernehmen, vor allem für die Ärmsten und Bedürftigsten, und dass alle ihr Handeln auf das Gemeinwohl ausrichten, d.h. auf die „Summe aller jener Bedingungen gesellschaftlichen Lebens, die den Einzelnen, den Familien und gesellschaftlichen Gruppen ihre eigene Vervollkommnung voller und ungehinderter zu erreichen gestatten“.<sup>34</sup> Einzelwohl und Gemeinwohl hängen also eng miteinander zusammen. Die Soziale Marktwirtschaft entspricht deshalb diesem Solidaritätsprinzip, weil ja gerade die staatliche Rahmenordnung, die sozialen Sicherungssysteme und die staatliche Wirtschaftspolitik sicherstellen sollen, dass der Markt unter diesen Regulierungen zu einem Gesamtergebnis führt, das dem Gemeinwohl und der Solidarität aller Mitglieder der Gesellschaft entspricht.

Nun könnte das Solidaritätsprinzip aber so missverstanden werden, als sollte eine staatliche Instanz zentralistisch alles für alle regeln. Das würde aber die Freiheit der einzelnen Personen und die Freiheit der zwischen Individuum und Staat angesiedelten Familien, Vereine, Gruppen und nichtstaatlichen Gemeinschaften verletzen. Deshalb braucht es das Subsidiaritätsprinzip, gewissermaßen als Prinzip eines rechten mittleren Maßes zwischen Personalitäts- und Solidaritätsprinzip. Das Subsidiaritätsprinzip<sup>35</sup> besagt, dass immer die unterste Ebene zuständig sein sollte, die einen Bedarf noch decken kann. Die nächsthöhere Ebene darf erst eingreifen, wenn die Ebene darunter nicht mehr zur Hilfe oder Selbsthilfe in der Lage ist. Ein Beispiel: für die Versorgung und Erziehung der Kinder sind zunächst einmal die Eltern zuständig. Es wäre nicht zum Wohle der Kinder und würde in das Erziehungsrecht der Eltern eingreifen, wenn man die Kinder den Eltern gleich nach der Geburt wegnehmen und in staatlichen Heimen erziehen würde. Wenn allerdings Eltern nicht in der Lage sind, ihre Kinder zu versorgen und zu erziehen, z.B. weil sie durch einen schweren Verkehrsunfall ums Leben kamen, dann sollten Verwandte der Eltern gefragt werden, ob sie die Versorgung und Erziehung übernehmen können. Erst wenn auch diesen das nicht möglich ist, kommt eventuell ein Kinderheim einer zivilgesellschaftlichen Organisation oder einer Religionsgemeinschaft in Frage. Erst wenn es so etwas nicht gibt oder ein solches Kinderheim nicht die nötige Qualität in der Versorgung der Kinder aufweist, dürfen und müssen staatliche Behörden sich um die Kinder kümmern. Sollten auch diese versagen, sind möglicherweise inter-

ationale Hilfsorganisationen zuständig. Wenn die Kinder erwachsen sind, sind sie zunächst einmal für sich selbst verantwortlich. Sollten sie aber aus irgendwelchen Gründen zur Selbsthilfe nicht in der Lage sein, haben sie einen Anspruch auf Hilfe von anderen.

Das Subsidiaritätsprinzip hat gewissermaßen zwei Seiten: ein Kompetenzanmaßungsverbot, um zu verhindern, dass die Freiheit und Zuständigkeit der unteren Ebenen zu stark eingeschränkt wird, aber auch ein Hilfsgebot, wenn die untere Ebene dieser Hilfe bedarf. „Einerseits beansprucht das Prinzip, Effizienzbedingungen des Gesellschaftsprozesses zu beschreiben, und andererseits betont es einen freiheitlich-partizipativen Gesichtspunkt, da es die Zuständigkeiten möglichst nahe an die Einzelpersonen und die je kleineren, überschaubar-mitbestimmbaren sozialen Gebilde heranrücken möchte.“<sup>36</sup>

Natürlich ist es im Einzelfall oft schwierig, genau zu sagen, was das Subsidiaritätsprinzip hier bedeutet. Man kann aus ihm keine detaillierten Handlungsanweisungen ableiten. Aber es schärft die Sensibilität für Zuständigkeitsfragen und hilft, Zuständigkeiten so zu regeln, dass das Notwendige möglichst effizient erledigt werden kann und dass dabei die Freiheit des Einzelnen und intermediärer Gruppen möglichst genauso berücksichtigt wird wie die Solidarität und die Verantwortung füreinander. Das Subsidiaritätsprinzip kann also nicht dazu verwendet werden, Prozesse der Entsolidarisierung zu legitimieren oder einer übertriebenen Individualisierung von Pflichten und Risiken das Wort zu reden. Für die Soziale Marktwirtschaft ist insbesondere wichtig, dass die Rahmenordnung, die Soziale Sicherung und Wirtschafts- und Konjunkturpolitik möglichst so gestaltet werden, dass Eigeninitiative und Selbsthilfe gefördert werden, dass Solidarität in Familien, kleinen Gemeinschaften und Organisationen von unten her wachsen kann und gepflegt wird, dass die Freiheit der Einzelnen und der kleinen Gruppen geachtet wird. Sowohl eine reine Laissez-faire-Marktwirtschaft wie eine zentrale Planwirtschaft würden dem Subsidiaritätsprinzip widersprechen, erstere, weil sie die einzelnen Marktteilnehmer überfordern würde, letztere, weil sie deren Freiheit und Eigenständigkeit verletzen würde. So entspricht die Soziale Marktwirtschaft als Dritter Weg zwischen den Extremen dem Subsidiaritätsprinzip, das in den letzten Jahren auch eine beispiellose Konjunktur in den Debatten über die genaue Ausgestaltung Sozialer Marktwirtschaft, nicht zuletzt auch innerhalb der europäischen Gemeinschaft, erlebt hat

#### 4. ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Das Konzept Sozialer Marktwirtschaft ist zwar zunächst im christlichen Kontext entstanden und lässt sich auch aus dem Christentum heraus durchaus begründen. Zugleich ist dieser Entstehungskontext und diese theologische Begründung aber nicht notwendig, um die Soziale Marktwirtschaft für richtig halten zu können. Denn sie ist einfach ein vernünftiges Konzept für den Bereich des menschlichen Wirtschaftens, sie ruht auf Gründen, die für alle Menschen einsichtig sind. Weil die Soziale Marktwirtschaft also sowohl für alle Menschen als vernünftig ausgewiesen werden kann, wie aber auch religiöse Wurzeln hat, müsste es eigentlich möglich sein, sie auch von einem muslimischen Standpunkt aus für sinnvoll halten zu können. Das bedeutet jedoch nicht, dass eine Perzeption der Sozialen Marktwirtschaft im Islam dazu führen könnte, ein westeuropäisches Modell den Wirtschaften in den islamischen Ländern einfach überzustülpen. Das wäre unmoralisch, es würde nicht funktionieren, es stünde aber auch im Widerspruch zur Idee Sozialer Marktwirtschaft. Denn bei der Sozialen Marktwirtschaft handelt es sich nicht um ein fertiges Modell, sondern um einen „Wirtschaftsstil“, der den jeweiligen Gegebenheiten vor Ort angepasst und dementsprechend auch weiter entwickelt werden kann und muss. In Zeiten zunehmender weltweiter Verfechtung können wir dabei alle viel voneinander lernen, sollten aber jedem Land und jeder Kultur seine eigenen Wege zu Modernisierung und Fortschritt ermöglichen.

#### LITERATURVERZEICHNIS

- Anzenbacher, Arno (1997): Solidarität und Subsidiarität. Ethische Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft. In: Die Politische Meinung, H. 326 (Jan.), S. 21–30.
- Anzenbacher, Arno (1998): Christliche Sozialethik. Einführung und Prinzipien. Paderborn: Schöningh.
- Baumgartner, Alois (2010): Der deutsche Katholizismus in der Auseinandersetzung mit der modernen Wirtschaft. In: Theologie und Glaube, Jg. 100, H. 1, S. 3–14.
- Booth, Philip (2007): Catholic Social Teaching and the Market Economy. London: Institute of Economic Affairs.

- Brakelmann, Günter; Jähnichen, Traugott (Hg.) (1994): Die protestantischen Wurzeln der sozialen Marktwirtschaft. Ein Quellenband. Gütersloh: Gütersloher Verl.-Haus.
- Brakelmann, Günter; Jähnichen, Traugott (1994): Einleitung. In: Brakelmann, Günter; Jähnichen, Traugott (Hg.): Die protestantischen Wurzeln der sozialen Marktwirtschaft. Ein Quellenband. Gütersloh: Gütersloher Verl.-Haus, S. 13–37.
- Cremer, Georg; Kruip, Gerhard (2010): Solidarität fördern - zu Eigenverantwortung ermutigen. Für eine Sozialpolitik der Befähigung. In: Stimmen der Zeit, Jg. 135, H. 10, S. 699–711.
- Dietzfelbinger, Daniel (1998): Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsstil. Alfred Müller-Armacks Lebenswerk. Gütersloh: Gütersloher Verl.-Haus.
- Emunds, Bernhard (2010): Ungewollte Vaterschaft. Katholische Soziallehre und Soziale Marktwirtschaft. In: Ethik und Gesellschaft, H. 1, online unter [www.ethik-und-gesellschaft.de](http://www.ethik-und-gesellschaft.de).
- Erhard, Ludwig (1957): Wohlstand für alle. Düsseldorf: Econ.
- Erhard, Ludwig (1966): Wirken und Reden. Ludwigsburg: Hoch.
- Ferguson, Niall (2009): Der Aufstieg des Geldes. Die Währung der Geschichte. Berlin: Econ-Verl.
- Gabriel, Karl (1980): Die neuzeitliche Gesellschaftsentwicklung und der Katholizismus als Sozialform der Christentumsgeschichte. In: Gabriel, Karl; Kaufmann, Franz Xaver (Hg.): Zur Soziologie des Katholizismus. Mainz: Grünewald, S. 201–225.
- Goldschmidt, Nils (2002): Entstehung und Vermächtnis ordoliberalen Denkens. Walter Eucken und die Notwendigkeit einer kulturellen Ökonomie. Münster u.a.: Lit.
- Goldschmidt, Nils; Wohlgemuth, Michael (Hg.) (2008): Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik. Tübingen: Mohr Siebeck (Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik, 50).

- Hasse, Rolf H.; Schnieder, Hermann; Weigelt, Klaus (Hg.) (2005): Lexikon Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik von A bis Z. Paderborn: Schöningh.
- Hemmer, Hans-Rimbert (2002): Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer. 3., neubearb. und erw. Aufl. München: Vahlen.
- Höffner, Joseph (1985): Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsethik. Richtlinien der katholischen Soziallehre. Eröffnungsreferat des Kardinals Joseph Höffner bei der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda, 23. September 1985. Bonn: Sekretariat d. Dt. Bischofskonferenz (Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, 12).
- Kaufmann, Franz-Xaver (1973): Wissenssoziologische Überlegungen zu Renaissance und Niedergang des katholischen Naturrechtsdenkens im 19. u. 20. Jahrhunderts. In: Böckenförde, Ernst Wolfgang; Böckle, Franz (Hg.): Naturrecht in der Kritik. Mainz: Grünewald, S. 126–164.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1997): Herausforderungen des Sozialstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kommission VI für gesellschaftliche und soziale Fragen der; Deutschen Bischofskonferenz (2003): Das Soziale neu denken. Für eine langfristig angelegte Reformpolitik. Bonn: Sekretariat der DBK (Die deutschen Bischöfe 28).
- Kruij, Gerhard (1991): Las raíces de la Doctrina Social Católica en la Alemania del siglo XIX - ¿Un modelo para superar los desafíos de la modernidad? In: Salmanticensis, Jg. 38, H. 2 (Mayo-Agosto), S. 193–224.
- Kruij, Gerhard (2003): Die Option für die Armen als wirtschaftspolitische Maxime. In: Schick, Gerhard (Hg.): Wirtschaftsordnung und Fundamentalismus. Berlin: Stiftung Marktwirtschaft, S. 117–129.
- Kruij, Gerhard (2005): Wer mag schon den Kapitalismus? Die Nativität moralischer Empörung und die Komplexität des Marktes. In: Herder Korrespondenz 59(2005)7, S. 348–352.

- Kruij, Gerhard (2007): Marktgerechte Gesellschaft oder sozial gerechter Markt? In: rhs-Religionsunterricht an höheren Schulen, Jg. 50, H. 4, S. 218–225.
- Kruij, Gerhard (2008): In der Legitimationskrise. Neue Aufgaben für die Soziale Marktwirtschaft. In: Herder Korrespondenz, Jg. 62, H. 10, S. 498–502.
- Lehmann, Karl (1999): Soziale Marktwirtschaft als Herausforderung im Lichte des christlichen Glaubens. Über vergessene geistige Grundlagen ihrer Väter. In: Schreier, Werner; Steins, Georg (Hg.): Auf neue Art Kirche sein. Wirklichkeiten - Herausforderungen - Wandlungen. Festschrift für Bischof Dr. Josef Homeyer. München: Bernward bei Don Bosco, S. 281–291.
- Lienkamp, Andreas (2000): Theodor Steinbüchels Sozialismusrezeption. Eine christlich-sozialethische Relecture. Paderborn [u.a.]: Schöningh.
- Lönne, Karl-Egon (1986): Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Loth, Wilfried (1990): Der Katholizismus - Eine globale Bewegung gegen die Moderne? In: Ludwig, Heiner; Schröder, Wolfgang (Hg.): Sozial- und Linkskatholizismus. Erinnerung, Orientierung, Befreiung. Frankfurt am Main: Joseph Knecht, S. 01.11.31.
- Müller-Armack, Alfred (1962): Das gesellschaftspolitische Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft. In: Wirtschaftspolitische Chronik, Jg. 11, H. 3, S. 7–28.
- Müller-Armack, Alfred (1990): Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft. Sonderausg. München: Kastell Verl.
- Nell-Breuning, Oswald von (1990a): Baugesetze der Gesellschaft. Solidarität und Subsidiarität. Freiburg u.a.: Herder.
- Nell-Breuning, Oswald von (1990b): Den Kapitalismus umbiegen. Schriften zu Kirche, Wirtschaft und Gesellschaft; ein Lesebuch. 1. Aufl. Düsseldorf: Patmos-Verl.

- Ockenfels, Wolfgang (1999): Wilhelm Röpke als christlicher Wirtschaftsethiker. In: Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Jg. 50, S. 53–59.
- Ostrom, Elinor (2008): Governing the commons. The evolution of institutions for collective action. Cambridge: Cambridge Univ. Press (Political economy of institutions and decisions).
- Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland; Deutsche Bischofskonferenz (1997): Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Gemeinsames Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Bonn, Hannover: Kirchenamt der EKD; Sekretariat der DBK (Gemeinsame Texte 9).
- Samuelson, Paul Anthony; Nordhaus, William D. (2005): Economics. 18. ed., Boston: McGraw-Hill.
- Schumpeter, Joseph Alois (1983): The theory of economic development. An inquiry into profits, capital, credit, interest, and the business cycle. New Brunswick N.J.: Transaction Books (Social science classics series).
- Smith, Adam (1984): An inquiry into the nature and causes of the wealth of nations. Chicago: Encyclopaedia Britannica (Great books of the Western world, 39).
- Statistisches Bundesamt der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Statistisches Jahrbuch 2010. Wiesbaden 2010, 638
- Stegmann, Franz Josef (1993): Soziale Marktwirtschaft - was ist das? In: Stimmen der Zeit 211(1993)5, S. 291–302.
- Thies, Christian (Hg.) (2009): Der Wert der Menschenwürde. Paderborn: Schöningh.

1| *Ich habe mich zu diesen Fragen schon bei anderen Gelegenheiten geäußert. Die dort formulierten Gedanken sind – teilweise wörtlich – auch in den vorliegenden Text eingegangen. Vgl. Kruip 2003; Kruip 2005; Kruip 2007; Kruip 2008.*

- 2| *Der erste, der die Potenziale freier Märkte deutlich herausgearbeitet hat, war natürlich Adam Smith: Smith 1984. Eine gute allgemeine Einführung in die Theorie der Marktwirtschaft bietet nach wie vor Samuelson, Nordhaus 2005.*
- 3| *Zu einer spannend geschriebenen Geschichte des Geldes vgl. z. B. Ferguson 2009.*
- 4| *Zu einem Vergleich insbesondere der Ökonomien in Entwicklungsländern siehe Hemmer 2002.*
- 5| *Schumpeter 1983.*
- 6| *Vgl. die hochinteressanten Arbeiten von Elinor Ostrom, z.B. Ostrom 2008.*
- 7| *Zum Folgenden siehe insbesondere und mit weiterführenden Angaben Hasse et al. 2005.*
- 8| *Siehe die Neuauflage Müller-Armack 1990. Insgesamt zu Müller-Armack siehe Dietzfelbinger 1998.*
- 9| *Zu Eucken vgl. insbesondere Goldschmidt 2002. Insgesamt sehr hilfreich ist auch der ausgezeichnet eingeleitete Quellenband Goldschmidt et al. 2008.*
- 10| *Zu den Grundlagen seiner Wirtschaftspolitik siehe insbesondere sein Hauptwerk Erhard 1957.*
- 11| *Erhard 1966, 320.*
- 12| *Müller-Armack 1962.*
- 13| *Ebd., 17.*
- 14| *Grundlegend hierzu und nach wie vor aktuell: Kaufmann 1997.*
- 15| *Statistisches Bundesamt der Bundesrepublik Deutschland 2010, 638.*
- 16| *Erhard 1957, 263.*
- 17| *Nell-Breuning 1990a, 104.*
- 18| *Vgl. hierzu Cremer, Kruip 2010.*
- 19| *Kommission VI für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz 2003, 17.*
- 20| *Vgl. insgesamt Baumgartner 2010; Gabriel 1980; Kaufmann 1973; Lönne 1986; Loth 1990. Für die Entwicklungen im evangelischen Bereich siehe besonders Brakelmann et al. 1994. Vgl. auch meinen leider nur in spanischer Sprache erschienenen Beitrag Kruip 1991.*
- 21| *Gut aufgearbeitet z.B. von Lienkamp 2000.*
- 22| *So z.B. in der Sozialenzyklika Quadragesimo anno (Papst Pius XI., 1931) in Nr. 77.*
- 23| *Nell-Breuning 1990b, S. 349.*
- 24| *Dies hat insbesondere die Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ des Zweiten Vatikanischen Konzils in Nr. 36 eindrucksvoll bestätigt.*
- 25| *Vgl. für die evangelische Seite Brakelmann, Jähnichen 1994; für die katholische Seite Stegmann 1993;*
- 26| *Vgl. speziell zu Röpcke: Ockenfels 1999.*
- 27| *Vgl. etwa Emunds 2010.*

- 28| Höffner 1985, 24.
- 29| Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, Deutsche Bischofskonferenz 1997, Nr. 145.
- 29| Lehmann 1999. *Diese Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft seitens der katholischen Kirche gilt freilich nicht nur für Deutschland. Vgl. z.B. für den englischen Sprachraum Booth 2007.*
- 30| Hierzu insbesondere Anzenbacher 1997.
- 31| Vgl. z.B. Anzenbacher 1998.
- 32| Zur Bedeutung der „Menschenwürde“ siehe besonders Thies 2009.
- 33| So die Pastoralkonstitution „*Gaudium et spes*“ des Zweiten Vatikanischen Konzils, Nr. 74.
- 34| In der katholischen Soziallehre zum ersten Mal prominent in der Sozialenzyklika „*Quadragesimo anno*“, Nr.79-80, formuliert.
- 35| Anzenbacher 1997, 24.